



**EUROPÄISCHER KONVENT**  
DAS SEKRETARIAT

**Brüssel, den 15. Juli 2002 (18.07)**  
**(OR. fr)**

**CONV 188/02**

**WG I 7**

**VERMERK**

des	Sekretariats
für	die Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip"
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 10. Juli 2002

Die Gruppe I beendete in ihrer Sitzung vom 10. Juli die Anhörungsphase zur Frage des Subsidiaritätsprinzips.

Herr Hoffschulte, erster Vizepräsident des RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas), sprach über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in den Beziehungen zwischen dezentralen Stellen und dem Staat, und zwar insbesondere was die Gemeinden und Regionen anbelangt. Herr Hoffschulte erklärte, die Erfahrung in den dezentralisierten Staaten, in denen auch eine Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bestehe, habe gezeigt, dass die Gemeinden in eine derartige Kontrolle einzubeziehen seien. Er betonte ferner, wie wichtig in diesem Rahmen das Konnexitätsprinzip sei, da die wirkliche Kontrolle mit haushaltspolitischen Mitteln ausgeübt werde. Jede Übertragung von Aufgaben an die Gemeinden sollte folglich mit den entsprechenden Finanzmitteln verbunden sein.

Auf die Ausführungen einiger Mitglieder der Gruppe hin, die der Auffassung waren, die Verteilung der Aufgaben innerhalb eines Staates müsse weiterhin Sache dieses Staates sein und es müsse vermieden werden, Fragen, die in den einzelnen Staaten zu lösen seien, auf die europäische Ebene zu verlagern, erwiderte Herr Hoffschulte, er trete nicht dafür ein, dass Europa die Frage der Beziehungen zwischen dezentralen Stellen und dem Staat regele, sondern es gehe darum, zu verhindern, dass Fehler, die gegebenenfalls auf nationaler Ebene begangen worden seien, auch auf europäischer Ebene begangen würden.

Herr Arrighi de Casanova, Staatsrat, erläuterte die Aufgabe des französischen Staatsrats und des französischen Verfassungsrats bei der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. Der Staatsrat hat eine konsultative Aufgabe und wird tätig, bevor die Regierung einen Gesetzentwurf einbringt: Er nimmt zu der Frage Stellung, ob Gesetzentwürfe der Regierung mit der Verfassung vereinbar sind. Der Verfassungsrat hat die Aufgabe, vor dem Inkrafttreten bereits gebilligter Gesetze zu prüfen, ob diese mit der Verfassung vereinbar sind. Diese Prüfung findet, wenn es um Gesetze geht, die die Arbeitsweise der Institutionen berühren (verfassungsergänzende Gesetze), automatisch oder auf Antrag des Präsidenten der Republik, des Premierministers, des Präsidenten der Nationalversammlung und des Präsidenten des Senats statt, sowie seit 1974 auf Antrag von 60 Abgeordneten und 60 Senatoren, wenn es um herkömmliche Gesetze geht. Die Anrufung des Verfassungsrats erfolgt vor der Verkündung des Gesetzes. Sie muss innerhalb von fünfzehn Tagen nach Annahme des Gesetzes durch das Parlament erfolgen. Der Verfassungsrat verfügt dann über eine Frist von einem Monat, um Stellung zu nehmen. Die Entscheidung des Verfassungsrats kann sich auf einen Teil oder die Gesamtheit des ihm vorgelegten Textes beziehen. Seine Entscheidung ist bindend. Das Gesetz kann nicht mehr Gegenstand einer Prüfung der Verfassungsmäßigkeit sein, aber der Richter hat weiterhin die Möglichkeit, die Anwendung aus anderen Gründen zu verwerfen, beispielsweise indem er europäisches Recht über das nationale Recht stellt. Der Verfassungsrat setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, von denen jeweils ein Drittel neu gewählt wird. Es handelt sich um ein halb politisches, halb rechtsprechendes Organ; die Praxis zeigt, dass es sich aus hohen Persönlichkeiten, die in der Politik tätig waren, und/oder herausragenden Juristen zusammensetzt.

Professor Maurer wies darauf hin, dass die Art und Weise, wie die einzelstaatlichen Parlamente das Subsidiaritätsprinzip kontrollieren, Gegenstand eines ausführlichen Dokuments war, das an die Mitglieder der Gruppe verteilt wurde. Herr Maurer erläuterte, wie in einigen Systemen die einzelstaatlichen Parlamente eine Kontrolle über die Regierungen ausüben (beispielsweise findet in Deutschland jährlich eine Debatte über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips statt). Herr Maurer erklärte, die COSAC habe sich bislang trotz der Möglichkeit, die sie im Rahmen des Protokolls über die einzelstaatlichen Parlamente habe, nicht mit den legislativen Fragestellungen der Europäischen Union befasst, obwohl sie nach der Tagung in Helsinki begonnen habe, sich

mehr für politische Fragen zu interessieren. Herr Maurer zog ein im Ganzen gedämpftes Fazit aus den Beratungen der COSAC und bezweifelte, dass die Zuständigkeiten der COSAC entscheidend dergestalt ausgeweitet werden könnten, dass die Kontrolle der Subsidiarität über die ihr bereits zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hinaus verbessert werde.

Herr Maurer trat darüber hinaus für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Parlamenten und dem Europäischen Parlament bei der Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Wege der Kontrolle des Gesetzgebungsprogramms der Kommission ein.

Nach Auffassung von Herrn Maurer soll kein neues Gremium bestehend aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente geschaffen, sondern der Mechanismus der Kontrolle der einzelstaatlichen Parlamente über ihre Regierungen gestärkt werden, beispielsweise indem im Protokoll über die einzelstaatlichen Parlamente eine Frist von sechs Wochen zwischen der Vorlage eines Kommissionsvorschlags und der Annahme des Vorschlags vorgesehen wird, damit es den einzelstaatlichen Parlamenten möglich ist, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu prüfen.

Herr Mendez de Vigo kündigte abschließend an, dass am 22. Juli vormittags (10.00 bis 13.00 Uhr) eine gemeinsame Sitzung der Gruppe I und der Gruppe "Einzelstaatliche Parlamente" stattfinden wird. Im Anschluss findet am Nachmittag (15.00 bis 18.30 Uhr) im Lichte der Fragen, die in den verschiedenen Anhörungen aufgeworfen wurden, eine inhaltliche Aussprache statt.

Nach der Sitzung am 22. Juli wird den Mitgliedern der Gruppe ein erster Entwurf eines Berichts für den Konvent über das Subsidiaritätsprinzip unterbreitet. Der Entwurf wird in der Sitzung am 9. September erörtert. Die ursprünglich für den 29. Juli geplante Sitzung wird annulliert.

---